

Gutowski, Armin

Article — Digitized Version

## Bunter Katalog

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Gutowski, Armin (1982) : Bunter Katalog, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 62, Iss. 10, pp. 472-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135724>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*



Armin Gutowski

## Bunter Katalog

**W**enn die Wirtschaftsmisere schon so weit gediehen ist wie gegenwärtig bei uns, bietet eine neue Regierung, die nicht an die Prinzipien und Handlungsversprechen ihrer Vorgängerin gebunden ist, stets eine Chance, einen anderen Weg zu beschreiten, der endlich wieder Erfolg verspricht. Die Regierungserklärung vom 13. Oktober läßt kaum erkennen, ob diese Chance tatsächlich ergriffen wird.

Es fällt gewiß nicht leicht, schon wenige Tage nach dem Wechsel an der neuen Regierung Kritik zu üben, wenn man die Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik aus der Zeit davor für gescheitert hält. Doch eine Schonfrist ist aus zwei Gründen unangebracht:

Erstens, die neue Regierung hatte Zeit genug, sich auf den Wechsel vorzubereiten, der schließlich nicht aus heiterem Himmel kam.

Zweitens, sie wird sich im März schon wieder zur Disposition stel-

len; so bleibt nicht viel Zeit, doch noch deutlich zu machen, ob der Wechsel auch tatsächlich die angekündigte Wende bedeutet.

Was man besonders vermißt, sind die Grundlinien eines mittelfristigen Konzepts für die Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik. Statt dessen enthält die Regierungserklärung viele Gemeinplätze. Dort wo konkrete Absichten aufgezählt werden, ist Altbekanntes zu treffen: Neben den privaten sollen auch öffentliche Investitionen angeregt werden. Doch muß tatsächlich vor allem das Verkehrsnetz noch weiter ausgebaut, müssen noch mehr Krankenhäuser und Hochschulen gebaut werden, wo es doch darum geht, neue Einkommen aus produktiven Investitionen zu schaffen, und nicht darum, die bisher erzielbaren Einkommen noch stärker zu belasten? Alles, was teils gut, teils nicht gut, gewiß aber teuer ist, findet sich wieder: Die Förderung von Innovationen, von Existenzgründungen, die Priorität der heimischen Steinkohle, der Beistand für die Stahl-, die Subventionierung der Luft- und Raumfahrtindustrie, die Förderung des sozialen Wohnungsbaus und der Stadtsanierung. Wie verträgt sich dies alles mit dem Bekenntnis zum Vorrang der Privatinitiative? Wie soll das alles bezahlt und gleichzeitig das strukturelle Staatsdefizit konsolidiert werden?

Auch das Sofortprogramm verrät kein Konzept. Es ist ein bunter Katalog aus hilfreichen, aber auch unsinnigen und schädlichen Maßnahmen.

Die unverzinsliche Zwangsanleihe ist eine wenig überzeugende Lösung, mit der das Wiederaufleben des früher so heftig bekämpften Vorschlags einer Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer offenbar kaschiert werden soll. Schädlich wird sie, soweit ihr Aufkommen nicht zur Förderung produktiver privater Investitionen verwendet wird, sondern in den sozialen Wohnungs-

bau fließt. Denn worunter wir leiden, ist die Knappheit an rentablen Arbeitsplätzen und nicht die Knappheit an Wohnungen. Übernachtung auf dem Wohnungsmarkt besteht nur für Wohnungen, die unter dem Marktpreis angeboten werden. Schädlich ist aus dem gleichen Grunde auch der vorgesehene Schuldzinsenabzug beim Neubau von Eigenheimen, der zudem noch die Ansparer und Althauskäufer diskriminiert.

Sicher geht es der Bauwirtschaft schlecht. Das beste Konjunkturprogramm für die Bauwirtschaft wäre aber, Bedingungen zu schaffen, die eine allgemeine Senkung der Zinsen ermöglichen. Positiv – auch für die Bauwirtschaft – sind eine Reihe von Maßnahmen zur Liberalisierung des Wohnungsmarktes, die allerdings zügig vorangetrieben werden müßten. Das – jetzt erweiterte – Konzept der Staffelmiete hingegen war wegen des Zwanges zur Spekulation für Mieter und Vermieter von Anfang an kein guter Ersatz für Vertragsfreiheit bei der Mietvereinbarung.

Eine Reihe von weiteren Maßnahmen ist hilfreich – allen voran die Verschiebung der Anpassung von Renten und anderen Sozialeinkommen. Sie gewährt allerdings nur eine Atempause, die für die Ausarbeitung gründlicher Reformen genutzt werden muß.

Die Chancen der Regierung, im März ein neues Mandat zu erhalten, hängen nicht zuletzt davon ab, ob es ihr noch rechtzeitig gelingt, die Grundzüge eines überzeugenden mittelfristigen wirtschafts-, finanz- und sozialpolitischen Programms vorzuweisen, die die Prinzipien klar erkennen lassen, nach denen sie handeln wird. Nur dann kann sie auf die Einsicht der Bürger rechnen – die Einsicht, daß es um der Zukunft willen lohnt, einen langen und schmerzlichen Weg zu gehen, der mit einer erfolversprechenden Politik unvermeidlich verbunden ist.